

Die Gemeinde Wien und das Dziedicher Kohlenbergwerk.

Seit Jahren wurde von der Wiener Gemeindevertretung bei verschiedenen Anlässen der Anschauung Ausdruck gegeben, daß es unbedingt erforderlich sei, den Kohlenbedarf der Gemeinde Wien sicherzustellen, und auf die Notwendigkeit hingewiesen, einen Kohlenbergbau in den Besitz der Gemeinde zu bringen. Die dahin zielenden Anträge, welche natürlich der Öffentlichkeit nicht verborgen blieben, haben verschiedene Bergwerks- und Freischurfsbesitzer, insbesondere aber Vermittler veranlaßt, alle möglichen Kohlenvorkommen Oesterreichs der Gemeinde anzubieten. Diese Angebote konnten aber aus verschiedenen Gründen keine Berücksichtigung finden. Die Gemeindeverwaltung hat jedoch diese Frage nicht außeracht gelassen. Nunmehr hat sich die Gelegenheit ergeben, dieses seit langem beabsichtigte Projekt zu verwirklichen. Im Jahre 1916 ist die Allgemeine Depositenbank, nachdem sie den größten Teil der Ruzge der Dziedicher Montangewerkschaft in ihren Besitz gebracht hatte, wegen einer eventuellen Beteiligung an dieser Gewerkschaft mit der Gemeinde in Fühlung getreten, und zwar wurde mit der Bank auf der Grundlage verhandelt, daß die Gewerkschaft in eine Aktiengesellschaft verwandelt wird und die Gemeinde die Mehrheit der Aktien erwerben soll. Der Kohlenbedarf der Gemeindeverwaltung und der städtischen Unter-

nehmungen beträgt rund 1.100.000 Tonnen jährlich, wovon der größte Teil auf den Verbrauch der städtischen Gaswerke entfällt, weshalb es bei dem Erwerb eines Kohlenbergwerkes von Wichtigkeit ist, daß in dem Betriebe auch Gasohle gefördert werden kann.

In dem Kohlenterrain der Dziedicher Montangewerkschaft wurde das Vorkommen von Gasohle durch Bohrungen bereits festgestellt und nach den übereinstimmenden Gutachten aller Sachverständigen, welche in dieser Angelegenheit gehört wurden, ist dort auch die Möglichkeit der Förderung geeigneter Gasohle mit größter Wahrscheinlichkeit zu erwarten. Das in Oesterreich-Schlesien gelegene Kohlenbergwerk kann als Fortsetzung des ober-schlesischen Kohlenbergwerkes bezeichnet werden, das geförderte Material wird also allen Anforderungen entsprechen, welche an eine gute Kohle gestellt werden. Schon in den oberen Schichten ist die Kohle gleichwertig preussisch-schlesischen Mittelmarken, in den tieferen Schichten wird sich die Qualität der Kohle jedoch wesentlich bessern. Das Kohlenterrain der Gewerkschaft liegt in der unmittelbaren Nachbarschaft von Brzeszcze, wo der Staat seit einigen Jahren mit großem Erfolg Kohlenbergbau betreibt. Nach dem Gutachten der Fachleute können die Anlagen derart ausgebaut werden, daß die Förderung 1.500.000 bis 2.000.000 Tonnen jährlich betragen wird, wodurch neben der Deckung des eigenen Bedarfes auch ein ganz bedeutender Teil des Kohlenbedarfes der Bevölkerung sichergestellt wäre. Die Gemeinde Wien wird auf diese Weise in der Lage sein, einen großen Einfluß auf die Verhältnisse am Kohlenmarkt des Wiener Platzes auszuüben.

Die Kosten des Erwerbes der Dziedicher Montangewerkschaft stellen sich auf 19,5 Millionen Kronen, woran die Gemeinde mit 60 Prozent beteiligt ist. In den nächsten Jahren werden wohl noch größere Beträge investiert werden müssen, um jene Förderung zu erreichen, welche im Interesse der Wiener Bevölkerung wünschenswert und notwendig erscheinen. Die Deckung der erforderlichen Kosten wird in dem Anlehen vom Jahre 1908 gefunden werden, in dessen Investitionsprogramm schon ein namhafter Betrag für die Erwerbung eines Kohlenbergbaues eingesetzt war.

Zur Vorbereitung und Überprüfung der ganzen Angelegenheit hat der Stadtrat im November des Vorjahres ein Komitee eingesetzt, bestehend aus den Herren Vizebürgermeister Dierhammer, den Stadträten Schmid und Schneider, den Gemeinderäten Dr. v. Dorn und Reumann, dem Direktor der städtischen Gaswerke Menzel und dem Direktor des städtischen Wirtschaftsamtens Dr. Förster. Dieses Komitee hat in einer Reihe von Sitzungen sich mit allen einschlägigen Fragen beschäftigt und durch wiederholte Verhandlungen nicht nur den Uebnahmungspreis der Gewerkschaft um mehrere Millionen Kronen ermäßigt, sondern auch jene Sicherungen geschaffen, durch welche die Interessen der Gemeinde in jeder Beziehung gewahrt werden. Dem wiederholten persönlichen Eingreifen des Bürgermeisters ist es zu danken, daß die Verhandlungen einen verhältnismäßig raschen Lauf nahmen und die Gemeinde das größtmögliche Entgegenkommen gefunden hat.